

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag u. Sonnabend. In-
sertionspreis: die kleinste
Zeile 10 Pf.

Abonnement
vierteljährlich 1 M. 20 Pf.
(incl. Dringerlohn) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

30. Jahrgang.

Nr. 54.

Dienstag, den 8. Mai

1883.

Bekanntmachung.

Der zweite Vortrag des Herrn Fabrikant Victor Dürfeld aus Ober-
hau über „**Kartoffelbau und Schutz der Kartoffel im Erzgebirge**“
(vergl. Bekanntmachung vom 27. April l. J.) findet

Dienstag, den 15. Mai 1883,

Nachmittags 1/2 3 Uhr

im **Hendelschen Gasthose zu Schönheiderhammer** statt.

Alle, welche sich für den Kartoffelbau interessieren, namentlich aber die Feld-
besitzer sind eingeladen, sich zu diesem Vortrag **recht zahlreich** einzufinden,
die Herren Vorstände der landwirtschaftlichen Vereine, sowie die Herren Ge-
meindevorstände im Amtsgerichtsbezirke Eibenstock aber werden insbesondere er-

sucht, die Theilnehmenden auf diesen sehr lehrreichen Vortrag aufmerksam zu machen.
Ein Eintrittsgeld wird **nicht** erhoben.

Schwarzenberg, am 4. Mai 1883.

Königliche Amtshauptmannschaft.

Fehr. v. Wirsing.

B.

Bekanntmachung.

Wegen Reinigung der Rathsexpeditiions-, Stadt- und Sparcassen-Localitäten
bleiben dieselben **Sonnabend, den 12. Mai 1883** geschlossen und können
an diesem Tage nur die **dringlichsten Sachen** Erledigung finden.

Eibenstock, den 8. Mai 1883.

Der Stadtrath.

Löschner.

Die allgemeine Abrüstung.

Man hat sich schon so sehr mit dem Gedanken
an die Nothwendigkeit des „bewaffneten Friedens“
vertraut gemacht, daß man zwar allseitig die größte
Ersparniß beim Militär-Etat wünscht, immer aber
die Sparfahigkeit nicht so weit getrieben sehen will,
daß daraus eine Schwächung der Wehrkraft des Lan-
des erfolgen könnte. Die Forderung nach einer so-
genannten „allgemeinen Abrüstung“ hat man bisher
immer den ziemlich ideal veranlagten Friedens- und
Freiheitsgesellschaften überlassen, denn so schön auch
die Erfüllung dieser Bestrebungen wäre, so wird sich
doch kein nüchtern denkender Mensch die Schwierig-
keiten verhehlen, die sich der Durchführung derselben
in den Weg stellen würden.

Man braucht nur beispielsweise daran erinnern
zu werden, daß Napoleon der Erste dem kleinen
Preußen nach dem Kriege von 1806/7 die Beding-
ung auferlegte, sein stehendes Heer auf 40,000 Mann
zu beschränken. Diese Bedingung ist auch buchstäb-
lich innegehalten worden; die preussische Militärver-
waltung hatte nach jenen unglücklichen Kriegsjahren
nie mehr als 40,000 Mann zur Ausbildung unter
den Waffen, vermochte aber dennoch im Jahre 1813
außer den Freiwilligen 130,000 Mann vollkommen
in den Waffen geübter Truppen ins Feld zu stellen.
Die Kontrolle über die fortdauernden kriegerischen
Vorbereitungen eines Volkes ist, wie aus diesem
Beispiel schon ersichtlich, sehr schwer und deshalb
enthält auch die Frankfurter Friedensakte keine da-
hingehende Bedingung für Frankreich, obwohl eine
solche damals wohl durchzusetzen gewesen wäre. Was
nützt das geschriebene Wort, wenn es nicht ehrlich
gehalten wird.

In der gleichen Weise ist es auch schwer, wenn
nicht unmöglich, eine allgemeine Abrüstung durchzu-
führen und von Seiten der Regierungen hat man
denn auch bisher die darauf hinizielenden Anträge
zwar als „im Prinzip berechtigt“ anerkannt, aber
dabei zugleich bedauernd mit den Achseln gezuckt.
Um so überraschender mußte es wirken, als ein halb-
amtliches Blatt der ungarischen Regierung, der „Pester
Kloz“, die Abrüstungsfrage von Neuem aufnimmt
und mit besonderem Ernste erörtert. Dieses Blatt
verweist zunächst auf den zwischen Deutschland, Oester-
reich und Italien bestehenden Friedensbund und er-
örtert sodann die segensreichen Folgen für den Völ-
kerfrieden, welche ein einträchtiges Zusammengehen
Frankreichs mit Deutschland im Gefolge haben würde.

Ist ein solches Verhältnis herzustellen, so wäre
selbst ein kriegerisches Rußland dem allgemeinen
Friedensbedürfnisse ungefährlich. Die Zeit scheint
dem Blatte zu einer langen Friedensperiode geeignet,
wie wir eine solche nach 1815 hatten. Dieser all-
gemeine Friede sollte durch einen Kongreß eingeleitet
werden, der eine europäische Uebereinkunft zu Stande
zu bringen hätte: man sollte sich gegenseitig über
den Besitzstand einigen, ein Völkerfriedensgericht ein-
setzen, das über alle völkerrechtlichen Streitfragen
endgültig zu entscheiden hätte, ferner sollte man
über allgemeine Abrüstung verhandeln und gemein-
sam Maßregeln zur inneren Beruhigung berathen,
nicht zur Unterdrückung, sondern gerade zur Lösung
der sozialen Fragen.

Das Bild, welches das halbamtliche Blatt hier
entwirft, ist ein zu schönes, als daß man hoffen
dürfte, es werde zur Wahrheit werden. Aber un-
möglich wäre es ganz gewiß nicht, wenn Frankreich
nur einen Schritt des Weges Deutschland entgegen
käme. Eine Periode des allgemeinen Völkerfriedens,
der Entlastung der Völker von dem drückenden Eisen-
panzer, — sie würde das 19. Jahrhundert, das so
stolz auf seine Fortschritte an Kultur und Gesittung
ist, viel würdiger abschließen, als die geharnischte
Ruhe, in welcher die Völker misstrauisch aufeinander
blicken und sich bis an die Zähne bewaffnet gegen-
überstehen.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Gegen den im Reichstag
eingebachten Antrag des Abg. Richter: die Mil-
itärverwaltung aufzufordern, den Geschäftsbetrieb in
Militärwerkstätten für Privatrechnung, den Handels-
verkehr der Cantinen mit Civilpersonen und die Ver-
wendung von Pferden der Militärverwaltung zum
Lohnfuhrergewerbe zu untersagen, legt der Reichskanz-
ler, Fürst Bismarck, mit Bezugnahme auf Artikel 17
der Reichsverfassung, nach welchem dem Kaiser unter
Verantwortlichkeit des Reichskanzlers die Ueberwach-
ung der Ausführung der Reichsgesetze zusteht, und
auf Artikel 63, nach welchem das gesammte Reichs-
heer unter dem Befehl des Kaisers steht, im Namen
des Kaisers Verwahrung ein, da die dem Antrage zu
Grunde liegende Voraussetzung der Möglichkeit, daß
die Militärverwaltung des Reichs verpflichtet oder be-
rechtigt sein könnte, directen Aufforderungen des Reichs-
tags Folge zu leisten oder dieselben auch nur amtlich
entgegenzunehmen, nicht zutreffend, bezw. nicht vor-
handen sei. Selbstverständlich hat dieser Protest im
Reichstage bedeutendes Aufsehen hervorgerufen. —
Richter stellt hierauf den Antrag, die Resolution statt
an den Reichstag, an den Reichskanzler zu richten,
hält aber deren Fassung und Inhalt aufrecht, weil
die Concurrenz des Militärs den Handwerklern viel-
fach schade. Abg. Windthorst erklärt sich gegen den
Antrag, ebenso Heydemann Namens der National-
liberalen, und spricht sich für den Commissionsantrag
aus. Der Kriegsminister, der sich als sehr gewandter
Redner zeigt, spricht gegen den Richterschen Antrag.
Derselbe sei ein Eingriff in die Machtbefugniß des
obersten Kriegsherrn. Der Kriegsminister schließt mit
einer sehr entschiedenen Vertheidigung seines Stand-
punktes und des Heeres gegenüber dem Parlament,
was zu einer von Richter, v. Keller und dem Kriegs-
minister geführten Debatte Anlaß giebt. Die Ab-
stimmung erfolgt erst bei der dritten Lesung.

— Die Freizügigkeit ist gewiß etwas ganz
Schönes und Gutes. Fleißige strebende Leute, die
an einem Orte Nichts verdienen, können sich auf Grund
des Freizügigkeitsgesetzes wo anders eine Quelle des
Wohlstandes erschließen. Aber ob für diejenigen, die
nicht arbeiten wollen, die Freizügigkeit auch etwas
Schönes und Gutes ist, das ist doch wohl zu bezwei-
feln. Sie meinen zwar, die privilegierten Bummler
und Bagabunden, die das deutsche Reich brandschä-
nd durchziehen, es sei etwas Köstliches, singen zu
können: „ein freies Leben führen wir“, aber bei Lichte
besehen, ist's für sie doch nur das Segentheil, denn

sie versinken doch eigentlich in den Sumpf körper-
lichen und geistigen Ruins und werden für das deutsche
Reich auf die Dauer eine wahre Reichs Plage. Gesehe,
wie das Churfürstl. Sächsische vom 7. Decbr. 1715,
wonach ausländische Bettler binnen 14 Tagen nach
Publikation dieses Mandats das Land zu räumen
hatten, widrigenfalls sie mit Gewalt über die Grenze
zu bringen seien, sind ja nicht mehr anwendbar. Aber
eine andere Frage ist die, ob es nicht an der Zeit
wäre, daß die Reichsregierung und das Reichsparla-
ment sich mit dieser Reichsnoth der überhandgenom-
menen Bagabondage und Bummelage einmal recht
eingehend beschäftige. Jedenfalls ist die permanente
Ueberschwemmung des Reichsgebietes mit Hunderttau-
senden von arbeitslosen heruntergekommenen Menschen
eine ebensoviele, wenn nicht eine noch größere Calami-
tät, als die zeitweilige Ueberschwemmung eines klei-
nen Theils des Reichsgebietes mit Wassermassen, die
sich bald wieder verlaufen.

— Man hat von jeher, und besonders in früherer
Zeit die Klage gehört, die Deutschen verleugneten
im Auslande ihre Nationalität, und ganz beson-
ders in den Vereinigten Staaten gingen sie bald im
Jankeethum auf. Wie unzutreffend diese Behauptung
ist, beweist wieder einmal der energische Protest, der
von den Deutsch-Amerikanern in Cincinnati gegen
den von einem Stockholmer beim Staatsenat einge-
brachten Antrag auf Befreiung des deutschen Unter-
richts in sämtlichen Schulen des Staates Ohio er-
hoben worden ist. Wie ein Mann haben sich die
dortigen Deutsch-Amerikaner erhoben und selbst in
einer englisch erscheinenden Zeitung las man: Wenn
man das Eigenthum unserer deutschen Mitbürger
confiscirt hätte und sie alle wieder nach ihrer Heimath
zurücktransportiren wollte, so könnten sie nicht aufge-
brachter sein als jetzt, wo es sich um die Erhaltung
ihrer Muttersprache handelt. — Aber man braucht
ja nur an die zahllosen Gesang-, Turn-, Schützen-
und sonstigen Vereine, an deutsche Gesellschaftlichkeit,
(was alles von den Deutschen dräben in derselben
Weise gepflegt wird wie hien) zu erinnern, um jene
Behauptung hinfällig zu machen. Außerdem ist der
Staat Ohio nicht der einzige, wo der deutsche Schul-
unterricht gesetzlich besteht; der ist ihnen aber von den
Jankees nicht aufgedrungen worden.

— Frankreich. Der General Bazaine
hat wieder ein Lebenszeichen von sich gegeben. Ein
legitimistisches Blatt veröffentlicht einen Brief von
ihm, in welchem er behauptet, er habe für Frankreich
150,000 Menschenleben gerettet; nur durch die von
ihm erhaltene Armee hätte Thiers später die Kom-
mune niederwerfen können. Er hofft, es werde ihm
noch vergönnt sein, im nächsten Kriege gegen Deutsch-
land als Oberbefehlshaber für sein Vaterland zu
siegen oder zu sterben! — Ohne Phrasen können die
Franzosen eben nicht gut sein.

— Nachdem kürzlich die Tripel-Allianz in
der englischen Kammer Veranlassung zu einer recht
matten Verhandlung gewesen, ist sie jetzt auch in der
französischen Kammer besprochen worden. Der
Eindruck ist aber ein ganz anderer. Man kann wohl
damit zufrieden sein. Der Minister des Aeußeren
Challemeil-Lacour verwies zunächst auf die bestätigten
Erklärungen hin, welche von dem österreichischen
und italienischen Minister des Aeußeren abgegeben